



Montag, 8. September 2025

PRESSEMITTEILUNG

Gemäss Nietzsche steckt der Teufel im Detail. Das passt gut zu den im PAFE vorgesehenen Massnahmen für das Personal.

Die FEDE hat nach den im Frühjahr und Sommer geführten Konsultationen vom Inhalt des PAFE Kenntnis genommen. Sie begrüsst ausdrücklich die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags, der nichts anderes als eine Lohnkürzung darstellte. Dagegen kommt die vom Staatsrat angekündigte Absicht, das bestehende Lohnsystem neu zu bewerten, überraschend und wirft Fragen zur Transparenz der Regierung in Bezug auf die geplanten Massnahmen gegenüber ihrem Personal auf.

Das heute vorgestellte Programm sieht die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags sowie die Beibehaltung der Auszahlung des 13. Monatslohns in bisheriger Form – also in zwei Raten – vor. Diese Massnahmen entsprechen den Forderungen der FEDE. Die Lohnstufe für Mitarbeitende in Gehaltsentwicklung wird jedoch erst im September gewährt, anstatt wie im Projekt vom 30. April bereits im Juni. Die Lohnindexierung für die Jahre 2026 und 2027 erfolgt nur dann, wenn die Schwelle von 118 Punkten überschritten wird (im Projekt vom 30. April waren es noch 117 Punkte). Die übrigen Massnahmen – Indexierung der Zulagen, Anerkennung von Erschwernissen sowie das Moratorium für Funktionsbewertungen – bleiben unverändert bestehen.

Bei der Lektüre der Botschaft des Staatsrates zeigt sich die FEDE besonders überrascht über das Kapitel zu den „aufgeschobenen Massnahmen“ (Ziff. 3.3.2). Dieses deutet klar auf eine gezielte Attacke gegen das Personal der öffentlichen Dienste in naher und mittlerer Zukunft hin. Laut Botschaft beabsichtigt der Staatsrat, die geltende Gehaltsskala neu zu bewerten. Mit einem entsprechenden Auftrag an den Dienst für Personal und Organisation (SPO) verfolgt er das Ziel, die Lohnsumme dauerhaft zu entlasten; andernfalls behält er sich vor, gewisse Massnahmen gegenüber dem Personal beizubehalten. Diese Ankündigung, die in den Gesprächen innerhalb der Delegation des Staatsrates für Personalfragen (DCEQP) nie erwähnt wurde, stellt eine ernsthafte Bedrohung der vom Staat als Arbeitgeber gewährten Arbeitsbedingungen dar. Beispielhaft sei die Flexibilisierung der Pensionierungsmodalitäten für die Beamten der öffentlichen Sicherheit genannt. Zudem ist mit einer Verschlechterung der Anerkennungsperspektiven für Berufe mit erhöhter Belastung zu rechnen – etwa für Strassenwärter, Fleischkontrolleure, Sicherheitsassistenten oder Gesundheitspersonal.

Darüber hinaus kündigt die Botschaft an, „zusätzliche Analysen im Bereich des Unterrichts vorzunehmen, insbesondere zur Verteilung der Arbeitszeit der Lehrkräfte sowie zur relativen Bedeutung der integrativen Schule und der Institutionen der Sonderpädagogik“.

*Da der Staatsrat ankündigt, strukturelle Massnahmen ab 2027 wieder in Diskussion zu bringen, ruft die FEDE das Personal der öffentlichen und halböffentlichen Dienste dazu auf, an der ausserordentlichen Versammlung am **11. September um 18:00 Uhr** im Festsaal von St-Léonard teilzunehmen, um über das weitere Vorgehen der Mobilisierung zu diskutieren.*

Für das Büro der FEDE

Kontakt: Isabelle Castella, Präsidentin der FEDE – 078/225 28 36